



Integrierter Bewirtschaftungsplan Elbeästuar - Teilgebiet Niedersachsen -

Fachbeitrag 8

Jagd

Planungsgruppe Elbeästuar Niedersachsen

Erstellt:

Kreisjägermeister Landkreis Stade

In Zusammenarbeit mit:

Landesjägerschaft Niedersachsen e.V.

Jägerschaft Land Hadeln/Cuxhaven

Jägerschaft Stade

Jägerschaft Harburg

Stade, 23. Januar 2011

Mit Ergänzungen des Nds. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung vom 15.8.2011 (siehe Seite 16) und redaktionellen Aktualisierungen der Landesjägerschaft Niedersachsen e.V. vom 27.9.2011.

1. Rahmenbedingungen und rechtliche Vorgaben

Autor des Beitrages: Landesjägerschaft Niedersachsen e.V.

Die Jagd – Nicht das Problem, sondern Teil der Lösung

Das Bundesjagdgesetz (BJG) vom 29.09.1976 zuletzt geändert am 09.12.2010 regelt das Recht zur Jagdausübung in bestimmten Jagdbezirken auf bestimmte, dem Jagdrecht unterstellte freilebende Tierarten (Wild). Es verlangt die Erhaltung eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepaßten artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie die Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen. Dazu ist per Gesetz eine aktive Hege- und Jagdschutzverpflichtung vorgegeben. Vergleichbares kennt das Naturschutzrecht nicht. Weiterhin sind über die Bundeswildschutzverordnung vom 25.10.1985 Regeln zum Besitz bzw. zum Vermarktungsverbot für seltenere dem Jagdrecht unterstellte Arten vorgeschrieben analog den Bestimmungen der Bundesartenschutz-Verordnung.

Das Bundesjagdgesetz als lex spezialis garantiert in Deutschland anders als in anderen europäischen Staaten eine Trennung der Rechtskreise Jagdrecht und Naturschutzrecht und damit verbunden auch eine Trennung der Zuständigkeiten. Für den Themenbereich Jagd auch in Natura-2000-Gebieten gem. FFH-Richtlinie oder EU-Vogelschutzrichtlinie sind die Jagdbehörden zuständig. Im Bereich der der Unterelbe am niedersächsischen Ufer sind dies:

Landkreis Cuxhaven
- Jagdbehörde –
Vincent-Lübeck-Str. 2
27474 Cuxhaven

Landkreis Stade
- Jagdbehörde –
Am Sande 2
21682 Stade

Die Trennung der Rechtskreise sowie der Zuständigkeiten wird auch aus dem Niedersächsischen Jagdgesetz (NJagdG) vom 30.11.2009 zuletzt geändert am 17.12.2010 deutlich. Darin ist in § 41 a aufgeführt, daß behördliche Maßnahmen aufgrund des Jagdgesetzes nur unter Beachtung der Maßgaben der EU-Vogelschutzrichtlinie vom 02.04.1979 sowie der FFH-Richtlinie vom 21.05.1992 möglich sind.

Die Vorgaben der EU-Vogelschutzrichtlinie Anhang IV entsprechen exakt den sachlichen Verboten aus dem deutschen Jagdrecht.

In § 3 schreibt das NJagdG konkret vor, daß die biologische Vielfalt und ein artenreicher und gesunder Wildbestand in angemessener Zahl im Rahmen einer maßvollen und nachhaltigen Wildbewirtschaftung erhalten bleiben muß. In dieser Zielvorgabe stimmt das Jagdgesetz mit der Zielvorgabe des BNatSchNeuregG sowie des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes überein, die vorgeben, daß die nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter bzw. die Nutzbarkeit der Naturgüter nachhaltig zu sichern sind. Ziel der Naturschutzgesetze ist somit, z. B. Tiere als Teil der Natur nutzbar zu halten. In diesem Zusammenhang sei auch noch auf das Übereinkommen der Verein-

ten Nationen über die biologische Vielfalt verwiesen, das in Deutschland per Gesetz vom 30.08.1993 (vgl. BGBl Nr. 32/1993) gleichrangig die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zum verbindlichen Ziel erklärt.

Im Bereich der Unterelbe in den Natura-2000-Gebieten sind für das Wild als Teil der natürlichen Artenvielfalt die Jagdbehörden zuständig. Das Wild ist dort nutzbar zu halten. Die Vorgaben der EU in der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie sind von den zuständigen Jagdbehörden zu beachten. Da die EU-Vogelschutzrichtlinie Vorgaben zur jagdlichen Nutzung sowie zur Regulierung durch Jagd enthält wird einleitend klargestellt, daß eine jagdliche Nutzung von Wild an der Unterelbe grundsätzlich möglich ist und auch zukünftig möglich sein muß. Die bestehenden Gesetze sehen die nachhaltige Nutzung des Wildes vor. Näher zu beleuchten wäre, welche notwendigen Maßnahmen eventuell nötig sind, damit die Entnahme von Wild aus der Natur sowie dessen Nutzung mit der Aufrechterhaltung oder Erreichung eines günstigen Erhaltungszustands vereinbar sind (vgl. Art. 14 FFH-Richtlinie) oder welche Gegebenheiten derzeit den bereits vorhandenen günstigen Erhaltungszustand belegen.

In den Natura-2000-Gebieten an der Unterelbe in Niedersachsen vorkommende, dem Jagdrecht unterliegende Arten:

Rehwild (*Capreolus capreolus* L.)
Schwarzwild (*Sus scrofa* L.)
Feldhase (*Lepus europaeus* PALLAS)
Wildkaninchen (*Oryctolagus cuniculus* L.)
Fuchs (*Vulpes vulpes* L.)
Steinmarder (*Martes foina* ERXLEBEN)
Baummarder (*Martes martes* L.)
Waschbär (*Procyon lotor* L.)
Marderhund (*Nyctereutes procynoides*)
Nutria (*Myocastor coypus*)
Iltis (*Mustela putorius* L.)
Hermelin (*Mustela erminea* L.)
Mauswiesel (*Mustela nivalis* L.)
Dachs (*Meles meles* L.)
Fischotter (*Lutra lutra* L.)
Seehund (*Phoca vitulina* L.)
Rebhuhn (*Perdix perdix* L.)
Fasan (*Phasianus colchicus* L.)
Wachtel (*Coturnix coturnix* L.)
Wildtauben (*Columbidae*)
Höckerschwan (*Cygnus olor* GMEL.)
Wildgänse (Gattungen *Anser* BRISSON und *Branta* SCOPOLI)
Wildenten (*Anatinae*)
Säger (Gattung *Mergus* L.)
Waldschnepfe (*Scolopax rusticola* L.)
Blässhuhn (*Fulica atra* L.)

Möwen (Laridae)
 Haubentaucher (Podiceps cristatus L.)
 Graureiher (Ardea cinerea L.)
 Greife (Accipitridae)
 Falken (Falconidae)
 Kolkrabe (Corvus corax L.)
 Rabenkrähe (Corvus corona L.)
 Elster (Pica pica L.)
 Nilgans (Alopochen aegyptiacus).

In den Natura-2000-Flächen an der Unterelbe kommen als prioritär zu schützende, dem Jagdrecht unterstehende Arten vor:

Fischotter (Lutra lutra L.)
 Seehund (Phoca vitulina L.)

Beide Arten genießen eine ganzjährige Schonzeit, den weitreichenden Schutz des Jagdrechts (strafbewehrt statt ordnungswidrig) und unterliegen der Hegeverpflichtung und somit Vorgaben zum aktiven Erhalten und Fördern der Population.

Weitere an der Unterelbe prioritär zu erhaltende wertgebende Arten sind von der Jagd nicht tangiert.

Das per Gesetz als legitim, förderungswürdig und erhaltungswert definierte Nutzungsrecht am Wild als nachhaltig nutzbares Naturgut wird über ein detailliertes Jagd- und Schonzeitregime reglementiert. Nachhaltig genutzt wird derzeit zu den nachfolgend aufgeführten Jagdzeiten:

Rehwild	
Rehböcke	1. Mai – 15. Oktober
Schmalrehe	1. Mai – 31. Mai und 1. September – 31. Januar
Ricken, Kitze	1. September – 31. Januar
Schwarzwild	
Keiler	16. Juni – 31. Januar
Bachen	16. Juni – 31. Januar mit Ausnahme führender Bachen
Überläufer und Frischlinge	ganzjährig mit Ausnahme führender Stücke
Feldhasen	1. Oktober – 15. Januar
Wildkaninchen*	1. Oktober – 15. Februar
Stein- und Baummarder	16. Oktober – 28. Februar
Illtisse	1. August – 28. Februar
Hermeline	1. August – 28. Februar
Dachse	1. August – 31. Januar
Füchse*	16. Juni – 28. Februar
Waschbären*	16. Juli – 31. März

Marderhunde*	1. September – 28. Februar
Nutrias*	1. September – 28. Februar
Rabenkrähen	1. August – 20. Februar
Elstern	1. August – 28. Februar
Rebhühner	16. September–30. November
Fasanen	1. Oktober – 15. Januar
Ringeltauben	
Alttauben	20. August bis 31. März mit der Maßgabe, daß die Jagd vom 20. August bis 31. Oktober und vom 21. Februar bis 31. März nur zur Schadensabwehr und nur auf Alttauben ausgeübt werden darf, die in Trupps auf Acker-, Grünland- oder Baumschulkulturen einfallen
Jungtauben	ganzjährig mit der Maßgabe, daß die Jagd vom 21. Februar bis 31. Oktober nur zur Schadensabwehr und nur auf Jungtauben ausgeübt werden darf, die auf Acker-, Grünland- oder Baumschulkulturen einfallen
Türkentauben	1. November – 20. Februar
Höckerschwäne	1. November – 20. Februar mit der Maßgabe, daß die Jagd vom 1. Dezember – 20. Februar nur zur Schadensabwehr und nur auf Höckerschwäne ausgeübt werden darf, die in Trupps auf Acker- und Grünlandkulturen einfallen
Graugänse	1. August – 15. Januar mit der Maßgabe, daß die Jagd vom 1. September bis 31. Oktober nur zur Schadensabwehr und nur auf Graugänse ausgeübt werden darf, die in Trupps auf Acker- oder Grünlandkulturen einfallen
Kanadagänse	1. September – 15. Januar mit der Maßgabe, daß die Jagd vom 1. September bis 31. Oktober nur auf Kanadagänse ausgeübt werden darf, die in Trupps auf Acker- oder Grünlandkulturen einfallen
Bläss- und Saatgänse	1. November – 15. Januar Nicht bejagt werden dürfen Bläss- und Saatgänse in den Vogelschutzgebieten Untere Elbe, Niedersächsisches Wattenmeer, Westermarsch, Krummhörn, Ostfriesische Meere, Emsmarsch von Leer bis Emden, Rheiderland und Niedersächsische Mittel Elbe
Nilgänse	1. August – 15. Januar
Stockenten	1. September – 15. Januar
Krick- und Pfeifenten	1. Oktober – 15. Januar
Waldschnepfen	16. Oktober – 31. Dezember
Blässhühner	11. September – 20. Februar
Sturm-, Silber-, Mantel- u. Heringsmöwen	1. Oktober – 10. Februar

*Auf Jungfuchse, Jungwaschbären, Jungmarderhunde, Jungminks, Jungnutrias und Jungkaninchen darf in Niedersachsen das ganze Jahr über die Jagd ausgeübt werden.

Die Jagdzeiten nehmen auf EU-Vorgaben Rücksicht. So sind Zeiten für die Besetzung von Territorien, Balz, Brut und Aufzucht sowie die Führung der Jungen durch die Eltern und Rückzugszeiten ausgespart. Die Verwendung von Bleischrot an und über Gewässern ist gem. § 24 NJagdG verboten.

Die in der vorgenannten Tabelle nicht aufgeführten, dem Jagdrecht unterstehenden Arten sind ganzjährig geschont. Sie genießen aber dennoch den weitreichenden Schutz des Jagdrechts und unterliegen der Hegeverpflichtung.

Nähere Angaben zum Vorkommen der dem Jagdrecht unterstehenden Wildarten inklusive deren Bestandsentwicklungen sind dem jährlich erscheinenden Landesjagdbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung zu entnehmen.

Jagdbezirke

Das Jagdrecht ist in Deutschland auf fest umrissene Jagdbezirke begrenzt, in denen der Jagdbehörde namentlich bekannte Jagdausübungsberechtigte nach den gesetzlichen Maßgaben Wild nachhaltig nutzen. Die Jagdausübungsberechtigten müssen hohe Kenntnisse und Fertigkeiten vor der Jagdbehörde nachweisen, bevor sie die Jagd in bestimmten Bezirken ausüben dürfen. Da das Jagdrecht in Deutschland an das Eigentum von Grund und Boden gekoppelt ist, bekommen die Inhaber des Jagdrechts in der Regel ein Entgelt (Pachtzins) für die Verpachtung des Jagdausübungsrechts.

Folgende Jagdbezirke sind in den Natura-2000-Gebieten an der Unterelbe vorhanden:

Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Cuxhaven
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Altenbruch
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Otterndorf-Ost
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Otterndorf-West
Eigenjagdbezirk	Otterndorf-Marienthal
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Belum
Eigenjagdbezirk	Belum I
Eigenjagdbezirk	Belum II
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Neuhaus
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Geversdorf-Wiese
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Geversdorf-Dingwörden
Eigenjagdbezirk	Itzwörden
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Laak
Eigenjagdbezirk	Geversdorf I
Eigenjagdbezirk	Balje I
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Balje
Eigenjagdbezirk	Balje II
Eigenjagdbezirk	Landkreis Stade
Eigenjagdbezirk	Gut Hörne
Eigenjagdbezirk	Hullen-Balje
Eigenjagdbezirk	Domäne I, II und III
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Krummendeich
Eigenjagdbezirk	Krummendeich I
Eigenjagdbezirk	Krummendeich II
Eigenjagdbezirk	Krummendeich III
Eigenjagdbezirk	Krummendeich IV
Eigenjagdbezirk	Krummendeich V
Eigenjagdbezirk	Neuhof-Stellenfleth
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Freiburg
Eigenjagdbezirk	Freiburg I
Eigenjagdbezirk	Freiburg II
Eigenjagdbezirk	Freiburg III

Eigenjagdbezirk	Bund-Allwördener Außendeich
Eigenjagdbezirk	Asseler Sand
Eigenjagdbezirk	Grauensiekersand
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Krautsand A
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Krautsand B
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Krautsand C
Gemeinschaftlicher Jagdbezirk	Hamelwörden
Eigenjagdbezirk	Wischhafenersand
Eigenjagdbezirk	Holenwisch
Eigenjagdbezirk	Kahlesand
Eigenjagdbezirk	Wischhafen I

Der Wert der Jagdbezirke ergibt sich zum einen aus der Verpachtung des Jagdrechts sowie aus dem Erlös der Strecke (Wildbret ist ein begehrtes Nahrungsmittel). Das Jagdrecht ist Teil des Eigentums und somit gem. Art. 14 GG geschützt. Beschränkungen sind allenfalls im Interesse des Allgemeinwohls (Sozialpflichtigkeit des Eigentums) denkbar oder als entschädigungsgleicher Eingriff ersatzpflichtig. Eventuell angedachte Verhandlungen über Beschränkungen des Jagdrechts (Vertragsnaturschutz) sind nur mit den Inhabern des Jagdausübungsrechts denk- und machbar. Da ein integrierter Bewirtschaftungsplan nur die nachvollziehbare Darstellung eines behördeninternen Prüfverfahrens ist, wären diesbezüglich entsprechende Vorbehaltshinweise nötig.

Die im Bereich der Unterelbe als Wild nachhaltig genutzten jagdbaren Arten befinden sich derzeit in einem günstigen Erhaltungszustand. Ihre Populationsentwicklung wird als gleichbleibend bzw. ansteigend dargestellt (vgl. Wildtiererfassung der Landesjägerschaft Niedersachsen / Landesjagdbericht).

Wildschadensmanagement

In Deutschland haben die Jagdausübungsberechtigten gem. Gesetzesauftrag (vgl. § 1 BJagdG sowie §§ 26 ff. BJagdG) den Wildbestand an die landeskulturellen Gegebenheiten anzupassen. Ihr Wirken erfolgt diesbezüglich im öffentlichen Interesse. Die von freilebenden Wildarten angerichteten Schäden auf land-, forst- und fischereiwirtschaftlich genutzten Flächen sollen begrenzt werden. Dabei ergeben sich insbesondere an der Unterelbe Konsequenzen aus dem günstigen Erhaltungszustand beim Wasserfederwild.

Nach den Zählergebnissen der letzten 40 Jahre haben die meisten der in Westeuropa und Deutschland überwinternden Wasservogelpopulationen trotz Jagd zugenommen oder sind stabil geblieben. Insbesondere die Zahl der in Deutschland überwinternden Gänse hat sich seit den 1960er Jahren so deutlich erhöht, daß selbst ausgesprochene Jagdgegner nicht ernsthaft annehmen können, daß die Jagd in Deutschland generell eine Bedrohung für diese Populationen darstellt. Zweifellos profitierten viele Überwinterungsbestände in Deutschland auch vom verbesserten Feuchtgebietsschutz und störungsfreien Ruhezeiten in avifaunistisch besonders wertvollen Gebieten. Aber ohne die Erfolge des Naturschutzes schmälern zu wollen, wären die z. T. rasanten Bestandszuwächse vieler nordischer Gastvögel ohne die Segnungen der intensiven Landwirtschaft nicht möglich gewesen. Eine ganze Reihe grasender Wasservogelarten (z. B. Ringel-, Weißwangengans, Höcker-, Sing-, Zwergschwan, Pfeifente) hat ihre Nahrungswahl in den letzten Jahren umgestellt und ist von natürlichen Nahrungshabitaten (z. B. Vorländereien, Salzwiesen) auf intensiv genutzte Grün- und Ackerflächen (z. B. Grünland, Wintersaat, Raps) umgestiegen. Der Wechsel von Bio- auf konventionelle Kost war für diese Arten von Vorteil. Denn das Nahrungsangebot auf landwirtschaftlichen Flächen ist – im Unterschied zu natürlichen Nahrungshabitaten – schier unbegrenzt, und gleichzeitig ist der Energiegehalt der intensiv gedüngten Agrarprodukte wesentlich höher als der von natürlicher Äsung. Die erheblichen Bestandszuwächse vieler Winterbestände sind nicht Zeichen einer „heilen Natur“, sondern resultieren maßgeblich aus der antropogen bedingten Erhöhung des Nahrungsangebots (Linderoth).

Bestandsentwicklung überwinternder Gänse in Deutschland von den 1960er bis in die 1990er Jahre (Mooij) und der Gesamtbestand 1995 in der W-Paläarktis (Madsen)

Art	1960 – 1970 Deutschland	1990 - 1994 Deutschland	Bestand 1995 W-Paläarktis
Blässgans	4.000	250.000	1.400.000
Saatgans	25.000	200.000	700.000
Ringelgans	10.000	130.000	325.000
Graugans	5.000	55.000	520.000
Kanadagans	500	17.000	124.000
Weißwangengans	15.000	100.000	330.000

Bestandsentwicklung überwinternder Enten in NW-Europa (Sudfeldt et al.)

Art	Population	1975 - 1980	1995
Schnatterente	NW-Europa	5.000	25.000
Krickente	NW-Europa	200.000	400.000
Stockente	NW-Europa	3.000.000	5.000.000
Spießente	NW-Europa	70.000	70.000
Löffelente	NW-Europa	20.000	40.000
Kolbenente	Europa	20.000	20.000
Tafelente	NW-Europa	250.000	350.000
Schellente	NW-Europa	200.000	300.000
Pfeifente	NW-Europa	500.000	750.000 – 1.250.000
Reiherente	NW-Europa	500.000	750.000
Bergente	NW-Europa	150.000	310.000
Eiderente	Europa	2.000.000	3.000.000
Eisente	NW-Europa	1.000.000	2.000.000 – 4.700.000
Trauerente	W-Paläarktis	1.000.000	1.300.000
Samtente	W-Paläarktis	200.000	250.000 – 1.000.000

Die zunehmende Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch überwinternde Wasservögel in Deutschland schlägt sich in der Entwicklung der Wildschäden nieder. Etwa 75 % aller Schäden durch Wasservögel werden durch Gänse verursacht, die restlichen 25 % fallen auf Schwäne und Enten. Allein die durch Gänsefraß verursachten Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen stiegen bundesweit von wenigen Tausend Euro in den 1980er Jahren auf geschätzte 1,5 – 2,25 Mio € Anfang der 1990er und 6 – 17 Mio € Mitte der 1990er Jahre (Mooij). Nach anderen Schätzungen (Gemmeke) liegen die durch Wasservögel in der deutschen Landwirtschaft verursachten Schäden bei ca. 25 Mio €/Jahr. Mittlerweile wird nicht mehr bestritten, daß Gänse wirtschaftliche Schäden verursachen. Da einige Gänsepopulationen weiter zunehmen, wird sich der Interessenskonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Zukunft wahrscheinlich noch verstärken (Madsen et al.). Für das Bewirtschaften der Wasserfederwildpopulationen in Form von Managementplänen wird man kaum auf die Berücksichtigung der Wildschadensproblematik verzichten können. International ist bereits anerkannt, daß Wildschäden durch wandernde Wasservögel tatsächlich ein Problem darstellen. Auch im Bereich der Unterelbe kann es infolge nachgewiesener erheblicher Schäden nicht ausgeklammert werden.

Überwachung der Bestandsentwicklungen

Seit 1991 werden die Lebendbesätze der dem Jagdrecht unterstehenden Arten in Niedersachsen Jahr für Jahr erfaßt. Annähernd 9.000 Erfasser wirken hierbei mit, das sind weitaus mehr als für die nicht dem Jagdrecht unterstehenden Arten in Niedersachsen zur Verfügung stehen. Die Angaben der Erfasser werden stichprobenartig auf Plausibilität geprüft und durch Wissenschaftler be-

wertet. Neben der Erfassung der Lebendbesätze werden auch noch Rückrechenmodelle aus der Jagdstatistik zur Ermittlung des Wildbestands herangezogen.

Derzeit befinden sich die dem Jagdrecht unterstehenden, genutzten Arten an der Unterelbe in einem günstigen Erhaltungszustand. Das Land Niedersachsen hat die Entscheidungskompetenz über die Entnahmekquote bürgernah in die Eigenverantwortung der Jagdausübungsberechtigten gelegt. Die Rechtfertigung hierfür ergibt sich aus der Rechtslage, dem Reviersystem und der besonderen Motivation der Jagdrechtsinhaber und Jagdausübungsberechtigten, auch in Zukunft noch nutzen zu wollen. Seit mehr als 150 Jahren sind diese Mechanismen in Deutschland Garantien für eine jagdliche Nutzung im Rahmen der Nachhaltigkeit. Es wird nicht mehr der Natur entnommen, wie wieder nachwächst. Die Einbeziehung der Eigenverantwortung der Jagdausübungsberechtigten wirkt unbürokratisch, rasch und besonders zielorientiert. Zur Kontrolle führen die Jagdbehörden eine Streckenstatistik mit Angaben aus jedem Jagdbezirk und bewerten die Entnahme.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2004 den Leitfaden zur Jagd nach den Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie herausgegeben. Danach ist nur dann von einem ungünstigen Erhaltungszustand zu sprechen, wenn die Gesamtheit der Einflüsse auf die betreffende Art sich langfristig negativ auf die Verbreitung und die Größe ihrer Population auswirken können. Weiterhin führt sie aus: Wenn eine Art rückläufig ist, kann die Jagd per Definition nicht nachhaltig sein, es sei denn, sie ist Teil eines ordnungsgemäß durchgeführten Bewirtschaftungsplans, der die Erhaltung von Lebensräumen und andere Maßnahmen umfaßt, die den Rückgang aufhalten und die Entwicklung letztlich umkehren.

Sofern sich über die derzeitigen Bestandserfassungen und die Bewertung der Strecken ergibt, daß die Population genutzter Arten langfristig geringer wird, werden die zuständigen Jagdbehörden oder aber die gem. § 40 NJagdG anerkannte Landesjägerschaft einen solchen Bewirtschaftungsplan vorlegen. Derzeit ist an der Unterelbe ein solcher Plan für eine der genutzten Arten nicht erforderlich.

Erheblichkeit jagdbedingter Störungen

Die EU-Vogelschutzrichtlinie verlangt das Vermeiden von sich erheblich auswirkenden Belästigungen der Vögel. Und die FFH-Richtlinie gibt vor, Störungen, die sich erheblich auswirken können, zu vermeiden. Zur behördlichen Bewertung, was denn erhebliche Belästigungen sind und ob denn die Jagd erhebliche Störwirkungen auf Vögel mit sich bringt, muß die zuständige Stelle unabhängig von persönlichen Auffassungen Objektivität wahren. Das Landeskabinett hat mit seiner Entscheidung, dem NLWKN die Zuständigkeit für die integrierten Bewirtschaftungspläne für die Ästuar von Weser und Elbe zuzuordnen, diesbezüglich ein hohes Maß an Vertrauen bewiesen. Wir gehen davon aus, daß dem auch bei dem emotional besonders belasteten Thema der nachhaltigen Nutzung von Naturgütern durch die Jagd entsprochen wird. Nicht zuletzt war und ist es Ziel und Aufgabe des Naturschutzes, die nachhaltige Nutzbarkeit der Naturgüter und somit auch des Wildes zu erhalten (vgl. § 1 NNatSchG).

Erheblich sind Beeinträchtigungen dann, wenn die für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck eines Natura-2000-Gebietes maßgeblichen Bestandteile so verändert oder gestört werden, daß sie ihre Funktion nur noch in deutlich eingeschränktem Umfang erfüllen. Die Unterelbe ist bedeutender Rastplatz für den Vogelzug sowie wichtiges Brutgebiet für viele Vogelarten. Unstrittig ist, daß die Minderung jagdbedingter Störungen auf Brutvögel über die Jagd- und Schonzeitenregelung garantiert ist. Hierüber muß bei der behördlichen Bewertung nicht mehr nachgedacht werden. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die vorstehend aufgeführten Rahmenbedingungen.

Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Störungen sind deren Umfang, Intensität und Dauer zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen ist auch, daß das Natura-2000-Gebiet Unterelbe seine Bedeutung für ziehende Vogelarten erlangt hat, obwohl dort schon immer gejagt worden ist. Speziell dieser Aspekt muß genauer in die Überlegungen einbezogen werden, besteht darüber doch Anlaß

zur Vermutung, daß den Störpotentialen durch Jagd nur ein geringer Beeinträchtigungsgrad zukommt. Nach Mierwald (2003) lösen Eingriffe oder Störungen mit geringem Beeinträchtigungsgrad nur geringfügige Veränderungen des Ist-Zustands aus. Die Rahmenbedingungen zur langfristig gesicherten Erhaltung der Art bzw. des Lebensraums werden nicht eingeschränkt. Dies trifft auf die Unterelbe bei Beibehaltung der bisher ausgeübten Jagd zu. Insofern deutet der Umstand, daß die Jagd seit langem fest integrierter Bestandteil dieses Naturraumes ist und er dennoch seine besondere Wertigkeit erlangt hat, darauf, daß jagdbedingte Störungen unterhalb der Erheblichkeitsschwelle einzustufen sind.

Ob Jagd Vögel, insbesondere auch ziehende und rastende Arten erheblich stört, ist von Wissenschaftlern bisher nicht eindeutig geklärt. So haben u. a. Clemens und Guthörl in zwei unabhängig voneinander erstellten Gutachten für die Nordseeküste bzw. den Bodensee die Störwirkungen durch Jagd als nicht erheblich und von den mobilen, ohnehin täglich zwischen den Schlaf- und Ruheplätzen und der Nahrungsaufnahme bis zu 30 km hin- und herpendelnden Wasservögeln als kompensierbar dargestellt. Die EU-Kommission zitiert darüber hinaus in ihrem Leitfaden zur Jagd nach den Vorgaben der EU-Vogelrichtlinie die Untersuchungen von Evans und Day, die ebenfalls darstellen, daß Jagd nicht erheblich stört. Nur Madson spricht von erheblichen Störungen.

Das Gebiet an der Unterelbe zwischen Stade und Otterndorf ist unter der Vorbelastung der Jagd und den damit verbundenen Störungen zu dem wichtigen Brut- und Gastvogelgebiet Niedersachsens geworden. Die EU-Vogelschutzrichtlinie hat zum Ziel, den derzeitigen Status zu erhalten. Sie fordert keine Verbesserungen (Verschlechterungsverbot). Gleiches gilt auch für den integrierten Bewirtschaftungsplan. Er soll Maßnahmen enthalten, die eine Verschlechterung ausschließen.

Die EU-Kommission hat dargelegt, daß alle Entwicklungen, die zur langfristigen Abnahme der Population der Arten in einem bestimmten Gebiet führen, als erhebliche Störungen zu betrachten sind. Störungen der in einem Gebiet vorkommenden Art sind dann gegeben, wenn aus den Daten über die Populationsdynamik für dieses Gebiet erkennbar ist, daß die Art im Gegensatz zur Ausgangssituation auf Dauer kein lebensfähiges Element des Lebensraums mehr bilden kann. Damit wird deutlich, daß das natürliche Schwanken innerhalb einer Population noch keine Maßnahme erfordert, sondern erst die naheliegende Vermutung, daß eine Art ganz aus dem Gebiet verschwindet. Doch selbst dann ist eine Jagdbeschränkung nicht automatisch zwingend, weil die Europäische Union in ihrem Leitfaden realitätsbezogen sieht und darstellt, daß die Jagd einen besonders starken Anreiz zur gezielten, Artenvielfalt fördernden Bewirtschaftung der Lebensräume bietet und zu dem Ziel beiträgt, Bestände aufzustocken und einen günstigen Erhaltungsstatus wiederherzustellen.

Jagd als Teil der Lösung für den Erhalt eines günstigen Erhaltungszustands

Im Landkreis Wesermarsch wurde über mehr als 10 Jahre nachgewiesen, daß über Vertragsnaturschutz finanzierte Rücksichtnahme bei der Landbewirtschaftung Bodenbrüter nicht erhält. Nachts werden die Gelege und tagsüber die Jungvögel von diversen Beutegreifern so dezimiert, daß die Vermutung gerechtfertigt scheint, daß Bodenbrüter langfristig kein lebensfähiges Element der Niederelberegion bleiben werden, es sei denn, die Prädatoren (Krähen, Möwen, Füchse, Marder, Wanderratten, Waschbären usw.) werden mit legalen jagdlichen Mitteln so einreguliert, daß der Nachwuchs von Bodenbrütern groß werden kann. Nötig ist hierfür u. a. die Beibehaltung bzw. Förderung der sehr zeitaufwendigen und kostspieligen Fangjagd. Denkbar wären dafür hauptamtliche Fangjäger oder aber die Förderung und Motivation von ehrenamtlichen Fangjägern und Prädatorenregulierern im derzeit bestehenden Jagdreviersystem. Jedwede Erschwernis für die effektive Prädatorenregulierung muß im Interesse der Bodenbrüter an der Niederelbe im Natura-2000-Gebiet vermieden bzw. verboten werden.

Bisher ist die nötige Regulierung der Prädatoren durch die Jagdausübungsberechtigten als eine Art Vorsorge für die mögliche nachhaltige Entnahme von jagdbaren Arten zur Jagdzeit durchge-

führt worden. Profitiert haben davon alle Bodenbrüter (nicht nur die jagdbaren). Damit diese zeit-
aufwendige Tätigkeit im Interesse der Artenvielfalt beibehalten bleibt, werden für die Jagd im integ-
rierten Bewirtschaftungsplan keinerlei von den jagdrechtlichen Bestimmungen abweichende Re-
geln vorgegeben. Nachzudenken wäre darüber hinaus, ob und inwieweit die Tätigkeiten der
Jagdausübungsberechtigten im Interesse der Artenvielfalt von anderen Maßgaben beeinträchtigt
und erschwert werden.

Zu denken ist hier z. B. an Befreiungen für Großveranstaltungen zur Brut- und Setzzeit, zur Dauer-
störung durch Touristen, Spaziergänger und freilaufende Hunde und Katzen, Windkraftanlagen,
ein allzu enges Wegenetz, die intensive Beweidung, Flächenumwandlungen oder die Erschweren-
isse durch Störungen ideologisch motivierter Jagdgegner. Gemäß Art. 7 c des Gesetzes über die
biologische Vielfalt (vgl. BGBl Nr. 32 v. 09.09.1993) ist eine Liste mit derartigen die Erhaltung und
nachhaltige Nutzung erschwerenden Vorgängen und Kategorien von Tätigkeiten zu erstellen, um
daraus herzuleiten, wie die biologische Vielfalt und ihre nachhaltige Nutzung zu gewährleisten ist.
Die an anderer Stelle im integrierten Bewirtschaftungsplan aufgeführten Maßgaben sind diesbe-
züglich in den nötigen Zusammenhang zu setzen.

Festzuhalten bleibt: Die Jagd in der derzeit an der Unterelbe ausgeübten Form fördert und garan-
tiert die Artenvielfalt und stört nicht erheblich! Sie ist zur Erreichung der Natura-2000-Ziele unab-
dingbar beizubehalten.

Überwachung des Fangs oder Tötens freilebender Arten

Für Natura-2000-Gebiete ist gem. Art. 12 und Art. 14 FFH-Richtlinie ein System zur fortlaufenden
Überwachung des unbeabsichtigten Fangs oder Tötens von Tierarten sowie der bestehenden
Regeln bei der Entnahme von Exemplaren nebst Beurteilung der Auswirkungen einzuführen.
Unstrittig ist, daß Sach- und Fachkundige eine solche Überwachung nicht durchführen können.
Den zuständigen Jagdbehörden bietet der § 30 NJagdG die Möglichkeit, sachkundige Personen zu
berufen.

2. Charakterisierung des Planungsraumes - gesamträumliche Ziele - Konflikte und Synergien - Maßnahmenvorschläge - Zusammenfassung

Autor des Beitrages: Kreisjägermeister Landkreis Stade

Charakterisierung des Planungsraumes, gesamt

In den in der Anlage aufgeführten Jagdbezirken dürfen namentlich bezeichnete Jagdausübungsbe-
rechtigte nach gesetzlichen Maßgaben Wild als Naturgut gemäß dem Prinzip der Nachhaltigkeit
nutzen.

Der Wert der Jagdbezirke ergibt sich zum einen aus der Verpachtung des Jagdausübungsrechts
sowie aus dem Erlös der Strecke (Wildbret ist ein begehrtes Nahrungsmittel). Das Jagdrecht steht
den Eigentümern von Grund und Boden zu und ist Teil des Eigentums und somit gem. Art. 14 GG
geschützt. Beschränkungen sind allenfalls im Interesse des Allgemeinwohls (Sozialpflichtigkeit des
Eigentums) denkbar oder als entschädigungsgleicher Eingriff ersatzpflichtig. Der Jagdwert ist
bezahlbar und somit als Wirtschaftszweig der Landwirtschaft mit sozio-ökonomischer Funktion zu
werten (s. Fachbeitrag 6.1).

Die Nutzung einzelner Wildarten erfolgt gemäß konkreter Jagd- und Schonzeitvorschriften der Fachbehörden. Die Jagdzeiten nehmen dabei auf EU -Vorgaben Rücksicht. Zeiten für die Besetzung von Territorien, Balz, Brut und Aufzucht sowie der Führung von Jungen durch die Eltern sowie die Rückzugszeiten sind als Schonzeiten ausgewiesen.

Das Land Niedersachsen hat die Entscheidungskompetenz über die Entnahmekquote von genutzten Arten bürgernah in die Eigenverantwortung der Jagdausübungsberechtigten gelegt. Die Rechtfertigung hierfür ergibt sich aus der Rechtslage, dem Reviersystem und der besonderen Motivation der Jagdrechtsinhaber und Jagdausübungsberechtigten, auch in Zukunft noch nutzen zu wollen. Seit mehr als 150 Jahren sind diese Mechanismen in Deutschland Garanten für eine jagdliche Nutzung im Rahmen der Nachhaltigkeit. Es wird nicht mehr der Natur entnommen, wie wieder nachwächst. Die Einbeziehung der Eigenverantwortung der Jagd- ausübungsberechtigten wirkt unbürokratisch, rasch und besonders zielorientiert. Zur Kontrolle führen die Jagdbehörden eine Streckenstatistik mit Angaben aus jedem Jagdbezirk und bewerten die Entnahme.

Der Planungsraum ist aufgrund des Wildvorkommens als Niederwildregion gekennzeichnet.

Gesamträumliche Ziele

Die Jagdausübungsberechtigten haben im Planungsraum den Wildbestand an die landeskulturellen Gegebenheiten anzupassen (vgl. § 1 sowie § 26 ff. BJagdG). Ihr Wirken erfolgt diesbezüglich im öffentlichen Interesse. Die von freilebenden Wildarten angerichteten Schäden auf land-, forst- und fischereiwirtschaftlich genutzten Flächen sollen begrenzt werden. Dies kann u. a. über das zeitweilige Aufteilen und Auflösen von Massierungen aufgrund der Bejagung geschehen.

Nach den Zählergebnissen der letzten 40 Jahre haben die meisten der in Westeuropa und Deutschland überwinternden Wasservogelpopulationen trotz Jagd zugenommen oder sind stabil geblieben. Insbesondere die Zahl der in Deutschland überwinternden Gänse hat sich seit den 1960er Jahren so deutlich erhöht, daß selbst ausgesprochene Jagdgegner nicht ernsthaft annehmen können daß die Jagd in Deutschland generell eine Bedrohung für diese Populationen darstellt. Die z. T. rasanten Bestandszuwächse vieler nordischer Gastvögel haben sich durch die Segnungen der intensiven Landwirtschaft ergeben. Eine ganze Reihe grasender Wasservogelarten (z. B. Ringel-, Saat- und Weißwangengans, Höcker-, Sing-, Zwergschwan, Pfeifente) hat ihre Nahrungswahl in den letzten Jahren umgestellt und ist von natürlichen Nahrungshabitaten (z. B. Vorländereien, Salzwiesen) auf intensiv genutzte Grün- und Acker- flächen (z. B. Grünland, Wintersaat, Raps) umgestiegen. Der Wechsel von Bio- auf konventionelle Kost war für diese Arten von Vorteil. Denn das Nahrungsangebot auf landwirtschaftlichen Flächen ist - im Unterschied zu natürlichen Nahrungshabitaten - schier unbegrenzt, und gleichzeitig ist der Energiegehalt der intensiv gedüngten Agrarprodukte wesentlich höher als der von natürlicher Äsung. Die erheblichen Bestandszuwächse vieler Winterbestände sind nicht Zeichen einer "heilen Natur", sondern resultieren maßgeblich aus der anthropogen bedingten Erhöhung des Nahrungsangebots (Linderoth).

Die zunehmende Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch überwinternde Wasservögel in Deutschland schlägt sich in der Entwicklung der Wildschäden nieder. Etwa 75 % aller Wildschäden durch Wasservögel werden durch Gänse verursacht, die restlichen 25 % fallen auf Schwäne, Enten und Kranich. Allein die durch Gänsefraß verursachten Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen stiegen bundesweit von wenigen Tausend Euro in den 1980er Jahren auf geschätzte 1,5 - 2,25 Mio € Anfang der 1990er und 6 - 17 Mio € Mitte der 1990er Jahre (Mooij). Nach anderen Schätzungen (Gemmeke) liegen die durch Wasservögel in der deutschen Landwirtschaft verursachten Schäden bei ca. 25 Mio € /Jahr. Mittlerweile wird nicht mehr bestritten, daß Gänse wirtschaftliche Schäden verursachen.

Da einige Gänsepopulationen weiter zunehmen, wird sich der Interessenskonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz in Zukunft wahrscheinlich noch verstärken (Madsen et al.). Für das Bewirtschaften der Wasserfederwildpopulationen in Form von Managementplänen wird man kaum auf die Berücksichtigung der Wildschadensproblematik verzichten können. International ist bereits anerkannt, daß Wildschäden durch wandernde Wasservögel tatsächlich ein Problem darstellen. Auch im Bereich der Untereibe kann es infolge nachgewiesener erheblicher Schäden nicht ausgeklammert werden.

Konflikte und Synergien

Die EU- Vogelschutzrichtlinie verlangt das Vermeiden von sich erheblich auswirkenden Belästigungen der Vögel. Und die FFH-Richtlinie gibt vor, Störungen, die sich erheblich auswirken können, zu vermeiden.

Erheblich sind Beeinträchtigungen dann, wenn die für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck eines Natura-2000-Gebietes maßgeblichen Bestandteile so verändert oder gestört werden, daß sie ihre Funktion nur noch in deutlich eingeschränktem Umfang erfüllen. Die Untereibe war bedeutender Rastplatz für den Vogelzug sowie wichtiges Brutgebiet für viele Vogelarten. Unstrittig ist, daß die Minderung jagdbedingter Störungen auf Brutvögel über die Jagd- und Schonzeitenregelung garantiert ist.

Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Störungen sind deren Umfang, Intensität und Dauer zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen ist auch, daß das Natura-2000-Gebiet Untereibe seine Bedeutung für ziehende Vogelarten erlangt hat, obwohl dort gejagt worden ist. Speziell dieser Aspekt muß genauer in die Überlegungen einbezogen werden, besteht darüber doch Anlaß zur Vermutung, daß den Störpotentialen durch Jagd nur ein geringer Beeinträchtigungsgrad zukommt. Nach Mierwald (2003) lösen Eingriffe oder Störungen mit geringem Beeinträchtigungsgrad nur geringfügige Veränderungen des Ist-Zustands aus. Die Rahmenbedingungen zur langfristig gesicherten Erhaltung der Art bzw. des Lebensraums werden nicht eingeschränkt. Dies trifft auf die Untereibe bei Beibehaltung der bisher ausgeübten Jagd zu. Insofern deutet der Umstand, daß die Jagd seit langem fest integrierter Bestandteil dieses Naturraumes ist und er dennoch seine besondere Wertigkeit erlangt hat, darauf, daß jagdbedingte Störungen unterhalb der Erheblichkeitsschwelle einzustufen sind.

Ob Jagd Vögel, insbesondere auch ziehende und rastende Arten erheblich stört, ist von Wissenschaftlern bisher nicht eindeutig geklärt. So haben u. a. Clemens und Guthörl in zwei unabhängig voneinander erstellten Gutachten für die Nordseeküste bzw. den Bodensee die Störwirkungen durch Jagd als nicht erheblich und von den mobilen, ohnehin täglich zwischen den Schlaf- und Ruheplätzen und der Nahrungsaufnahme bis zu 30 km hin- und herpendelnden Wasservögeln als kompensierbar dargestellt. Die EU-Kommission zitiert darüber hinaus in ihrem Leitfaden zur Jagd nach den Vorgaben der EU- Vogelrichtlinie die Untersuchungen von Evans und Day, die ebenfalls darstellen, daß Jagd nicht erheblich stört. Nur Madsen spricht von erheblichen Störungen.

Das Gebiet an der Untereibe zwischen Stade und Otterndorf ist unter der Vorbelastung der Jagd und den damit verbundenen Störungen zu dem wichtigen Brut- und Gastvogelgebiet Niedersachsens geworden. Die EU schreibt hierzu ein Verschlechterungsverbot vor. Beschränkungen der Jagdausübung sind daraus nicht ableitbar.

Die EU-Kommission hat dargelegt, daß alle Entwicklungen, die zur langfristigen Abnahme der Population der Arten in einem bestimmten Gebiet führen, als erhebliche Störungen zu betrachten sind. Störungen der in einem Gebiet vorkommenden Art sind dann gegeben, wenn aus den Daten

über die Populationsdynamik für dieses Gebiet erkennbar ist, daß die Art im Gegensatz zur Ausgangssituation auf Dauer kein lebensfähiges Element des Lebensraums mehr bilden kann. Damit wird deutlich, daß das natürliche Schwanken innerhalb einer Population noch keine Maßnahme erfordert, sondern erst die naheliegende Vermutung, daß eine Art ganz aus dem Gebiet verschwindet.

Doch selbst dann ist eine Jagdbeschränkung nicht automatisch zwingend, weil die Europäische Union in ihrem Leitfaden zur Jagd realitätsbezogen sieht und darstellt, daß die Jagd einen besonders starken Anreiz zur gezielten Artenvielfalt darstellt, daß die Jagd einen besonders starken Anreiz zur gezielten, Artenvielfalt fördernden Bewirtschaftung der Lebensräume bietet und zu dem Ziel beiträgt, Bestände aufzustocken und einen günstigen Erhaltungszustand wiederherzustellen.

Maßnahmenvorschläge

Jagd als Teil der Lösung für den Erhalt eines günstigen Erhaltungszustands

Im Planungsraum werden nachts die Gelege und tagsüber die Jungvögel von diversen Beutegreifern so dezimiert, daß die Vermutung gerechtfertigt scheint, daß Bodenbrüter langfristig kein lebensfähiges Element der Niederelbregion bleiben werden, es sei denn, die Prädatoren (Krähen, Möwen, Füchse, Marder, Wanderratten, Waschbären usw.) werden mit legalen jagdlichen Mitteln so einreguliert, daß der Nachwuchs von Bodenbrütern groß werden kann. Nötig ist hierfür u. a. die Beibehaltung bzw. Förderung der sehr zeitaufwendigen und kostspieligen Fangjagd.

Die EU-Kommission hat in ihrem Leitfaden zur Jagd gem. Vogelschutzrichtlinie ausgeführt, daß die Jagd durch angemessene Nutzung der Erhaltung von Arten dienen kann. An der Unterelbe ist zu klären, in welchem Jagdbezirk die positiven Auswirkungen der Jagd erschwert werden. Sofern rechtsfehlerhafte Jagdpachtverträge mit einer Trennung oder Aufteilung und Beschränkung des Jagdrechts Ursache für unzureichende Motivation im Interesse der zu fördernden Vielfalt und der Regulation von Prädatoren sind, muß die Jagdbehörde diese Verträge korrigieren. Grundlage hierfür bietet § 11 BJagdG (das Jagdrecht kann nur in seiner Gesamtheit verpachtet werden / ein Teil des Jagdausübungsrechts kann nicht Gegenstand eines Jagdpachtvertrages sein).

Der Staat muß gem. Art. 11 des Gesetzes über die Biologische Vielfalt Anreize bieten und nicht bevormundend beschränken. Dies gilt auch für die Naturschutzbehörde, die die Nutzbarkeit der Naturgüter erhalten muß. Ein Irrtum wäre es zu glauben, daß Nichtstun und Nichtbejagen automatisch zu mehr Vielfalt führt.

Für Natura-2000-Gebiete ist gem. Art. 12 und Art. 14 FFH-Richtlinie ein System zur fortlaufenden Überwachung des unbeabsichtigten Fangs oder Tötens von Tierarten sowie der bestehenden Regeln bei der Entnahme von Exemplaren nebst Beurteilung der Auswirkungen einzuführen. Unstrittig ist, daß Sach- und Fachkundige eine solche Überwachung nicht durchführen können. Den zuständigen Jagdbehörden bietet der § 30 NJagdG die Möglichkeit, sachkundige Personen zu berufen.

Zusammenfassung

Die Jagd in der derzeit an der Unterelbe ausgeübten Form fördert und garantiert die Artenvielfalt und stört nicht erheblich! Sie ist zur Erreichung der Natura-2000-Ziele unabdingbar beizubehalten.

Eine Beschränkung der Jagdausübung zur Rastzeit z. B. über die Schaffung eines verzahnten Netzes von bejagten Flächen und Ruheräumen ähnlich dem im Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue ist nur machbar, wenn sich die Inhaber des Jagdrechts, vertreten durch den Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer sowie die Jagdrechtsinhaber vor Ort dazu bereiterklären, denn sie geben damit einen Teil ihres Eigentums mit wirtschaftlichem Wert

auf. Bevor der Integrierte Bewirtschaftungsplan dazu Aussagen trifft, sind die Jagdrechtsinhaber (Grundeigentümer) zu hören. Die Jagdrechtsinhaber sind nicht identisch mit den jagdausübungsberechtigten Jägerinnen und Jägern. Belegt ist bisher, daß ein solches Netz von Bejagungs- und Ruheflächen zwar die Menschen vor Ort beruhigt, für Rastvögel allerdings keine unmittelbare Aufwertung mit sich bringt, da jagdbedingte Störungen die Erheblichkeitsschwelle nicht übersteigen.

Jagd bietet einen besonders starken Anreiz zur gezielten, Artenvielfalt fördernden Bewirtschaftung der Lebensräume und trägt dem Ziel bei, Bestände an freilebenden Tieren wie wildwachsenden Pflanzen aufzustocken!

Ergänzung des Nds. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung vom 15.8.2011:

Als Grundsatz ist in den Naturschutzgebietsverordnungen festzustellen, dass die ordnungsgemäße Jagd unberührt bleibt. Im Allgemeinen ist die Verpflichtung des Jagdausübenden, die Bejagung des Wasserfederwildes behutsam auszuüben und dabei auf die Bedürfnisse von nicht dem Jagdrecht unterliegenden Arten Rücksicht zu nehmen, ausreichend.

Maßgeblich für Beschränkungen der Jagdausübung sind die Ausführungen des Nds. Jagdgesetzes (§ 9 Abs. 4). Danach sind diese nur in Naturschutzgebieten zulässig und können nur im Einvernehmen mit der Jagdbehörde und, da es sich um wesentliche Entscheidungen im Sinne des § 39 Abs.4 NJagdG handelt, unter Beteiligung des Jagdbeirates in die entsprechende Verordnung aufgenommen werden. Allein die Benennung als Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung oder die Lage im Natura 2000-Gebiet reicht nicht als Grund zur Beschränkung der Jagd aus.

Die Jagdausübung auf Prädatoren und Schwarzwild soll erhalten bleiben. Dabei soll auch die Fallenjagd als probates Mittel bei der Prädatorenbejagung nicht eingeschränkt werden. Gleiches gilt für großflächige Schwarzwild- und Fuchsjagden.

Anlage

Jagdbezirke im Planungsraum

Anlage: Jagdbezirke im Planungsraum

Funktionsraum 1	Jagdbezirk	Avendorf
	Jagdbezirk	Tespe
	Jagdbezirk	Obermarschacht
	Jagdbezirk	Niedermarschacht
	Jagdbezirk	Rönne
	Jagdbezirk	Schwinde-Krümse
	Jagdbezirk	Stove
	Jagdbezirk	Elbstorf
	Jagdbezirk	Drage-Drennhausen
	Jagdbezirk	Laßrönne
	Jagdbezirk	Hoopte
	Jagdbezirk	Fliegenberg
	Jagdbezirk	Wuhlenburg
	Jagdbezirk	Over
	Jagdbezirk	Bullenhausen
Funktionsraum 3	Jagdbezirk	Jork
	Jagdbezirk	Borstel
	Jagdbezirk	Grünendeich
	Jagdbezirk	Steinkirchen
	Jagdbezirk	Lühlsand
Funktionsraum 4	Jagdbezirk	Twiefelfleth
	Eigenjagdbezirk	DOW
	Jagdbezirk	Bützfleth
	Eigenjagdbezirk	Asselersand
	Jagdbezirk	Krautsand
	Eigenjagdbezirk	Wischhafener Sand
	Eigenjagdbezirk	Kahlesand
	Jagdbezirk	Wischhafen
	Eigenjagdbezirk	Holenwisch
	Eigenjagdbezirk	Freiburg VI
	Eigenjagdbezirk	Bund
Funktionsraum 5	Jagdbezirk	Nordkehdingen I
	Eigenjagdbezirk	Freiburg (4 x)
	Eigenjagdbezirk	Freiburg V
	Jagdbezirk	Nordkehdingen II
	Jagdbezirk	Nordkehdingen III
	Eigenjagdbezirk	Krummendeich I – IV (4 x)
	Eigenjagdbezirk	Krummendeich V
	Eigenjagdbezirk	Neuhof-Stellenfleth
	Eigenjagdbezirk	Domäne I, II und III
	Eigenjagdbezirk	Landkreis Stade
	Eigenjagdbezirk	Gut Hörne
	Eigenjagdbezirk	Balje II
	Eigenjagdbezirk	Hullen

Anlage: Jagdbezirke im Planungsraum

Funktionsraum 6	Jagdbezirk	Belum
	Jagdbezirk	Otterndorf
	Jagdbezirk	Altenbruch
	Jagdbezirk	Groden
	Jagdbezirk	Cuxhaven
Funktionsraum 7	Jagdbezirk	Neuhaus
	Jagdbezirk	Geversdorf